

Rinder werden über Tausende Kilometer exportiert, häufig sind sie sogar hoch trächtig. Lebendtiertransporte stehen schon lange in der Kritik.

FOTO: DPA

## In geschlossener Wohnung lebten 19 Menschen

Matthias Bungeroth

■ **Espelkamp/Gütersloh.** Einen Tag nachdem bekannt wurde, dass Behörden eine Sammelunterkunft von Mitarbeitern der Schlachtindustrie in Espelkamp geschlossen haben, werden neue Details zu dem Vorgang öffentlich. So teilte die Bezirksregierung Detmold auf Anfrage mit, dass in der betreffenden Wohnung insgesamt 19 Menschen lebten, darunter fünf Frauen und 14 Männer, aber keine Kinder. Die Unterkunft war, wie exklusiv berichtet, wegen gravierender Mängel geschlossen worden, unter anderem wegen Nichteinhaltung von Hygienevorschriften im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Die Menschen wurden bereits auf andere Unterkünfte verteilt.

Der Betreiber der Unterkunft müsse unter Umständen wegen des Verstoßes gegen die Arbeitsstättenrichtlinie in Betriebswohnungen mit einem Bußgeld rechnen, so Behördensprecher Andreas Moseke. Für den Arbeitsschutz sei aber zunächst von Bedeutung, „dass die Personen den unzulänglichen Bedingungen nicht länger ausgesetzt sind und der Mangel behoben ist“. Im Kreis Minden-Lübbecke waren rund 150 Wohneinheiten überprüft worden. Eine Reihe dieser Objekte hatte, wie die Bezirksregierung mitgeteilt hatte, kleinere Mängel, die größtenteils vor Ort beseitigt werden konnten.

Die Behörden setzen die Kontrollen von Sammelunterkünften in OWL mit hohem personellem Aufwand fort. „Zurzeit sind etwa 45 Personen mit den Kontrollen befasst, davon knapp 30 Personen im Außendienst“, teilte Moseke mit. Er sagte weiter: „Die Kontrollen der Wohnunterkünfte im Kreis Gütersloh wird voraussichtlich in dieser Woche abgeschlossen sein. Der Umfang der Kontrollen beträgt mehrere Hundert Wohnadressen.“ Die Auswertung der Ergebnisse werde einige Tage in Anspruch nehmen. „Ergebnisse und genaue Zahlen liegen voraussichtlich ab Mitte nächster Woche vor.“

Der Kreis Gütersloh teilte unterdessen mit, dass auf dem Gelände der Firma Tönnies in Rheda-Wiedenbrück bislang gut 3.000 Testungen auf Covid-19-Infektionen bei Mitarbeitern vorgenommen worden seien. „Von diesen Tests liegen bereits 1.300 negative Befunde vor. Bisher gibt es keinen positiv bestätigten Test.“

# Tausende Kilometer Grausamkeit

Auch von NRW aus werden Kühe auf endlos lange Reisen geschickt. Tierschützer prangern das Leid schon lange an. Aber der Markt boomt weiter.

Sigrun Müller-Gerbes

■ **Düsseldorf/Lage.** Man muss kein militanter Veganer sein, um solche Bilder grausam zu finden: lebende Rinder, die an einem Bein hängend, von einem Schiff abgeladen werden; apathische Kälber, denen vor Durst die Zunge weit aus dem Maul hängt; Schafe, die zu Tode erschöpft auf Laderampen zusammenbrechen. Wenn Tierschützer wie die Animal Welfare Foundation (AWF) den Transport lebender Nutztiere dokumentieren, oft über Tausende von Kilometern hinweg, stoßen sie regelmäßig auf erschütternde Zustände.

In weit entfernten Weltregionen – Libanon, Usbekistan, Libyen oder der Türkei etwa – scheint Tierwohl als Idee nicht zu existieren. Nur in weit entfernten Weltregionen? Ganz so leicht lässt sich das Thema wohl nicht von uns wegschieben. Denn viele der Rinder und Schafe, die in Afrika oder Asien leiden, kommen aus der EU, viele sogar aus Deutschland. „Weil hier so eine Überproduktion herrscht, ist der Markt für die Tiere kaputt“, empört sich Marianne Rautenberg, die für die SPD im Kreistag Lippe sitzt und einem kleinen Tierschutzverein in Lage vorsteht. „Die überschüssigen gehen dann in den Export.“

Die Lipperin hat über ihre örtlichen Landtagsabgeordneten eine Kleine Anfrage an die

NRW-Landesregierung angestoßen, und die Antworten aus Düsseldorf haben sie „erschüttert“, wie sie sagt. Auch aus NRW gehen Rindertransporte genau in die Länder, aus denen die schrecklichen Bilder kommen. Hauptexporteur in Nicht-EU-Länder ist demnach der münsterländische Kreis Steinfurt. Beispiele aus dem Jahr 2019: Im Februar 193 Rinder in die Türkei; im April 305 nach Ägypten; im Mai 73 in den Libanon; im August 408 in die Russische Föderation. Insgesamt exportierten nordrhein-westfälische Landwirte im Jahr 2019 fast 10.000 Rinder in Länder außerhalb der Europäischen Union. Vom Kreis Steinfurt bis nach Minsk in Weißrussland sind es 1.600 Kilometer; bis in den Libanon über 4.000. Bis nach Eritrea, auch das ein Exportziel, sogar fast 5.000. Bild: Tiertransporte

Wochenlang dauert ein Transport per Schiff, Lkw sind viele Tage unterwegs. Sehr häufig seien es trächtige Kühe, die diese Strapazen aushalten müssten, berichtet AWF-Vizevorsitzende Iris Baumgärtner. Sie würden in die Zielländer transportiert, um dort abzukalben, möglichst viel Milch zu geben und dann rasch geschlachtet zu werden. Aber auch Kälber, die noch nicht einmal entwöhnt sind, werden auf sehr lange Reisen geschickt. Eigentlich hat die EU genau geregelt, wie die Tiere beim Transport versorgt werden, Pausen bekommen, bei

Hitze nicht in ungekühlten Lastern ausharren müssen. Aber immer wieder gibt es Belege, dass diese Regeln nicht eingehalten werden.

Schlagzeilen gemacht haben etwa Transporte nach Usbekistan und Tadschikistan. Um sie genehmigt zu bekommen, müssen die Transportunternehmen angeben, an welchen Versorgungsstationen

Pause gemacht wird, damit die Tiere ausruhen können – nach einer Fahrtzeit von höchstens zwei Mal 14 Stunden, unterbrochen nur von einer einstündigen Trinkpause.

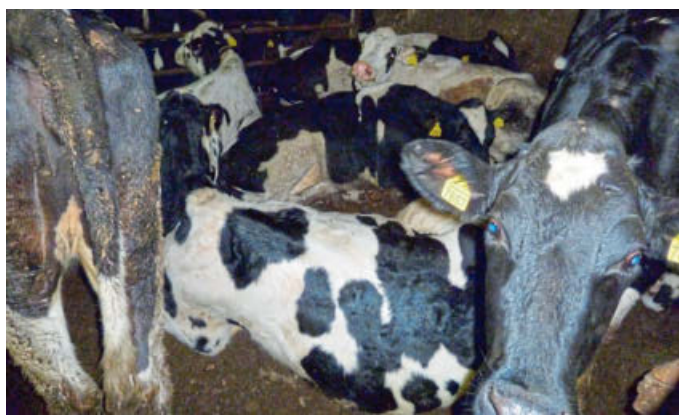
Aber als die hessische Tierschutzbeauftragte Madeleine Martin sich mit eigenen Augen die Versorgungsstationen ansehen wollte, die in den Frachtpapieren angegeben wa-

ren, stellte sich heraus: Sie existierten gar nicht. Martins Bericht schlug hohe Wellen, Hessen, Bayern und Schleswig-Holstein verboten die Transporte. Auch NRW reagierte: Mit Erlass vom 17. September 2019 wurden Exporte in die russische Föderation untersagt, sofern der Unternehmer nicht den Stopp an einer Versorgungsstation nachweisen kann. Kontrolliert werde das per Videoaufnahmen vor Ort, bei denen auch die Ohrmarken der Tiere gefilmt werden müssten, versichert die Landesregierung in ihrer Antwort an die lippischen Abgeordneten.

Rautenberg aber geht das längst nicht weit genug. Lebendtransporte von Tieren über so weite Strecken müssten generell verboten werden, fordert sie, „man kann die Tiere doch hier vor Ort schlachten und dann das Fleisch exportieren“. Das aber wollen viele Importeure aus Ländern nicht, bei denen Rinder traditionell ohne Betäubung geschlachtet werden – ein Schlachtfeldverfahren, das hierzulande verboten ist. Außerdem ist der Export von Lebendtieren schlicht billiger. Vor allem in Milchviehbetrieben fallen viele überzählige männliche Kälber an, weil Milchkuhe regelmäßig kalben müssen, um weiter Milch zu geben. Die Aufzucht bis zur Schlachtreife rentiert sich nicht. Die Bullenkälber sind das „Abfallprodukt der Milchviehproduktion“, wie es



An einem Bein hängend wird ein Rind verladen – von Kroatien wird es in den Nahen Osten verschifft. FOTO: ANIMALS INTERNATIONAL



Der Transport von Kroatien nach Ägypten dauert. An Tag 7 liegen die Tiere in ihren Exkrementen. FOTO: ANIMAL WELFARE FOUNDATION

## Waldbauern bitten um Hilfe

Die privaten Besitzer in Westfalen-Lippe müssen aufgrund des Borkenkäferbefalls rund 40.000 Hektar neu anpflanzen. Doch es fehlt das Geld für diese Maßnahme.

Matthias Bungeroth

■ **Bielefeld.** Bauernpräsident Hubertus Beringmeier ist besorgt. Der Chef des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes (WLW) aus Hövelhof bangt um den Fortbestand großer Waldflächen in der Region. Es geht um die stolze Fläche von 40.000 Hektar. So groß ist die Fläche, die wiederbewaldet werden muss, da sie große Schäden durch den Borkenkäferbefall aufweist. Ein Riesenproblem für alle Bauern, die neben ihrem Hof auch Wald bewirtschaften.

„Binnen drei Jahren sind die Fichten abgestorben“, sagt Beringmeier im Gespräch mit dieser Zeitung. Das hat nicht nur große Schäden in den Wäldern zur Folge. „Holz ist mas-

sig auf dem Markt, der Preis ist ins Bodenlose gestürzt“, erläutert der westfälisch-lippische Bauernpräsident. Die viel zu geringen Erlöse ließen es nicht zu, die substanzuell beschädigten Wälder wieder aufzuforsten. Zudem wisse man nicht, welche Baumarten man nun neu anpflanzen solle, um eine nachhaltige Wirkung zu erzielen.

„Es ist ein echtes Dilemma, denn brach liegenlassen können die Waldbesitzer die Flächen nicht.“ Das würde die Ausbreitung des Borkenkäfers nur noch mehr fördern, ist Beringmeier sicher. Auch in Ostwestfalen-Lippe gebe es diese Problematik, etwa im Wiehengebirge oder im Teutoburger Wald. Aktuell werden die verkauften Fichtenhölzer zumeist

in großen Mengen nach China verschifft. Auch das gefällt den heimischen Landwirten und Forstexperten gar nicht. Beringmeier: „Irgendwann kommt der Tag, da fehlt uns

das Bauholz.“ Die Kooperation des Landes sei unabdingbar, um die Situation dauerhaft zu lösen. „Wir erwarten, dass uns die Politik da nicht alleine lässt. Wir brauchen drin-

gend Hilfe“, so Beringmeier. Wie drängend das Problem ist, verdeutlicht diese Zahl: So bewirtschaften den Angaben des WLW zufolge rund zwei Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe in Westfalen-Lippe eigene Waldflächen.

„Die Waldbesitzer haben keine Mittel mehr, um die Wälder aufzuräumen. Wir hoffen, dass die neue Extremwetter-Richtlinie schnellstmöglich hilft, unsere Wälder zu klimastabilen Wäldern wieder aufzuforsten“, unterstreicht Heidrun Buß-Schöne, Geschäftsführerin des Waldbauernverbandes NRW. „Die Klimaschutzfunktion des Waldes geht uns alle an. Man darf dieses Problem nicht Einzelwaldbesitzern überlassen“, fügt Beringmeier hinzu.



Ein großer Teil der heimischen Wälder ist stark beschädigt, wie hier im Bereich Arnsberg. Die Aufforstung kostet viel Geld. FOTO: WLW

## Debatte um Termin der Gartenschau in Höxter

Bedenken im Rat – Irritation in Düsseldorf

Burghard Battran

■ **Höxter.** Die Kämmerei der Stadt Höxter und Teile der SPD-Fraktion haben sich dafür ausgesprochen, die Landesgartenschau von 2023 um ein Jahr zu verschieben, auf den Sommer 2024. Das gäbe der Stadt Gelegenheit, sich von den Corona-bedingten Finanznöten besser zu erholen, weil der Stadt mit der Gartenschau sonst die Haushaltssicherung drohe. Dieser Ansicht hat der Rat mehrheitlich widersprochen. Die Gartenschau sei das beste Konjunkturpaket, um nach der Krise wieder Fuß zu fassen, und darum solle an der Planung für 2023 ohne Abstriche festgehalten werden.

Beim Heimatministerium in Düsseldorf, das Fördermittel für die Gartenschau zur Verfügung stellen soll, hatte die Verschiebungsdiskussion für Irritationen gesorgt. Ministerin Ina Scharrenbach hatte den Wahlkreis-Abgeordneten Matthias Goeken aus Bad Driburg aufgefordert zu klären, ob Höxter überhaupt noch willens und in der Lage sei, die Gartenschau planungsgemäß auszurichten. Goeken appellierte daraufhin an den Rat, sich klar zur Gartenschau zu bekennen. Dieses Bekenntnis ist jedoch mit 27 zu 10 Stimmen ausgeblieben. Im Zusammenhang mit der LAGA geht es um Strukturfördermittel in Höhe von rund 30 Millionen Euro.